



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER JULI 2025

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in manchen Bundesländern haben schon die Sommerferien begonnen. Wir Bayern müssen noch etwas warten. Nächste Woche erwarten wir unseren neu gewählten Generalsekretär Tim Klüssendorf auf dem Bezirksparteitag der Unterfranken-SPD in Würzburg. Eine Woche später wählen wir in meinem UB einen neuen Vorstand. Im Bundestag beraten wir noch eine Sitzungswoche den Bundeshaushalt 2025. Dann geht der Deutsche Bundestag in die Parlamentsferien.

Dieses Jahr ist alles etwas anders. Weil wir nach der Bundestagswahl viele organisatorischen und strukturellen Fragen lösen mussten. Die Ausschüsse sind jetzt soweit, dass sie den Motor anlassen können. Erste Gesetze wurden bereits verabschiedet. Ich persönlich freue mich, dass ich dem Ausschuss Arbeit und Soziales weiterhin vorsitzen darf.

Bundestariftreue, Rentensicherung, Mütterrente, Betriebsrente, Behindertengleichstellungsgesetz, Lieferkettengesetz, Arbeitszeitregelung, Rechtskreiswechsel Geflüchteter, Beschäftigtendatenschutzgesetz, kurzfristige Beschäftigung von Saisonarbeitskräften, Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt stehen alle für den Herbst an. Da wird es nicht viel Pause im Sommer geben. Aber ein Paar Tage mache ich mich auf den Weg an die Ostsee. Radfahren, Schwimmen, Faulenzen, das muss sein.

Viel Spaß mit der Lektüre

Ihr/Euer

4



Mindestlohn steigt

6



A&S: neuer amtierender  
Vorsitzender

8



Haushalt 2025: wo wir  
investieren werden

11



Bürokratie  
- was ist das eigentlich?

# KLARTEXT

## SIND WIR ZU FAUL?



Für sich selbst würden die meisten von uns diese Frage mit Nein beantworten. Wenn es aber um andere geht, sieht die Antwort bei manchen anders aus. In den Zeitungen und politischen Talkshows ist mal wieder ein Dauer-

brenner aus der Mottenkiste hervorgeholt worden: Sind die Deutschen zu faul und müssen mehr arbeiten? Als Beleg wird der Rückgang der Pro-Kopf-Arbeitsstunden genannt.

Das liegt an der hohen Teilzeitquote in Deutschland. Die hohe Teilzeitquote heißt aber auch: In Familien, in denen früher der Vater Vollzeit Erwerbsarbeit geleistet hat und die Mutter die gesamte Carearbeit übernommen hat, wird die ganze Arbeit heute oft anders verteilt. Das macht vielleicht weniger Erwerbsarbeit pro Kopf – aber mehr Köpfe, die überhaupt sozialversicherungspflichtig arbeiten. Und auch die geleisteten Arbeitsstunden sind dadurch gestiegen.

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig arbeiten, ist auf Rekordstand.

Angesichts von 1,2 Milliarden Überstunden, die im Jahr 2024 laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) geleistet wurden, müssen wir jetzt dringend eine gesetzliche Regelung zur Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten schaffen. Denn mehr als die Hälfte der im letzten Jahr geleisteten Überstunden (53,6 Prozent) wurden nicht bezahlt und auch nicht mit Freizeit ausgeglichen. Das sind 638 Millionen Arbeitsstunden, die die Beschäftigten für lau gearbeitet haben. Sie wurden damit um ihr Geld geprellt.

Die 46,1 Millionen Menschen, die im Jahresdurchschnitt 2024 in Deutschland erwerbstätig waren, die im Büro, auf der Baustelle oder am Pflegebett mit ihrer Arbeit zu unserem Solidarsystem beigetragen haben, brauchen sich nicht nachsagen zu lassen, faul zu sein.

Nein, wir sind keinesfalls zu faul.

## ZAHL DES MONATS

### 9,3

Die Nachricht, dass Jürgen Dusel erneut zum Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung bestellt wurde, ist keine Randnotiz. Ich kenne ihn gut, durfte ihn schon öfter in meinem Wahlkreis begrüßen. Er ist eine starke Stimme für

die 7,9 Millionen schwerbehinderten Menschen (GdB  $\geq$  50) in Deutschland – das sind **9,3 % der Bevölkerung!** Insgesamt leben sogar ca. 13 Millionen Menschen mit Beeinträchtigungen in Deutschland. Diese Zahlen sollten allen klar machen: Politik für Menschen mit Behinderung ist kein Nischenthema, kein „nicetohave“, sondern zentral für einen Sozialstaat wie Deutschland. Mehr dazu gibt es **► HIER ◀**

## BERLIN

Nach der Konstituierung des Bundestages im Mai ging im Juni die Arbeit los. Die Bundesregierung hat gleich die Richtung vorgegeben: Bereits in den ersten 100 Tagen werden wir gemeinsam Tempo machen und erste Gesetze auf den Weg bringen. Das klingt gut, ist aber hinter den Kulissen ein hartes Stück Arbeit. Denn auch wenn alles schnell gehen soll: Der Bundestag und seine Ausschüsse müssen erst einmal alles beraten, demokratisch abstimmen und so auf den Weg bringen. Wir zeigen damit: Unsere Demokratie funktioniert, die demokratische Mitte des Parlaments ist arbeitsfähig.



Bernd Rützel

Was macht die Autoindustrie? Wie geht es den Zulieferern? Batterietechnik, Wasserstofftechnik, autonomes fahren, neue Fahrzeugplattformen, kürzere Entwicklungszeiten, ... Das waren alles schwer verdauliche Themen beim Frühstücksgespräch um 7 Uhr mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Bosch Mobility Solutions, Frank Sell. Wir als SPD-Fraktion kämpfen um jeden Arbeitsplatz und gute Rahmenbedingungen. Auch morgens um 7.



Büro Rützel

Saisonarbeit ist keine „Arbeit zweiter Klasse“, deshalb lehne ich entschieden den Vorschlag ab, dort den Mindestlohn herabzusetzen. Das habe ich auch ganz deutlich bei Pro7 gesagt. Für uns ist der Mindestlohn die absolute Grenze! Niemand, der auf dem Feld steht, soll für diese anstrengende Arbeit noch weniger bekommen. Den ganzen Beitrag gibt es mit [Klick auf das Foto \(ab Minute 9:15\)](#).

## SPD-PARTEITAG

### AUF YOUTUBE ANSCHAUEN

Drei Tage Beratungen, Wahlen, Miteinander: Parteitage sind gelebte Demokratie. Wer am letzte Juni-Wochenende

nicht dabei sein konnte, kann sich hier alles anschauen:





## MINDESTLOHN

### KOMMISSION LEGT ZAHLEN VOR

Zur Entscheidung der Mindestlohnkommission über die künftige Höhe des Mindestlohns habe ich am 27. Juni folgende Stellungnahme auch im Namen der SPD-Landesgruppe Bayern abgegeben:

„Mit 13,90 Euro ab 01.01.26 und 14,60 Euro ab 01.01.27 hat die Mindestlohnkommission einen

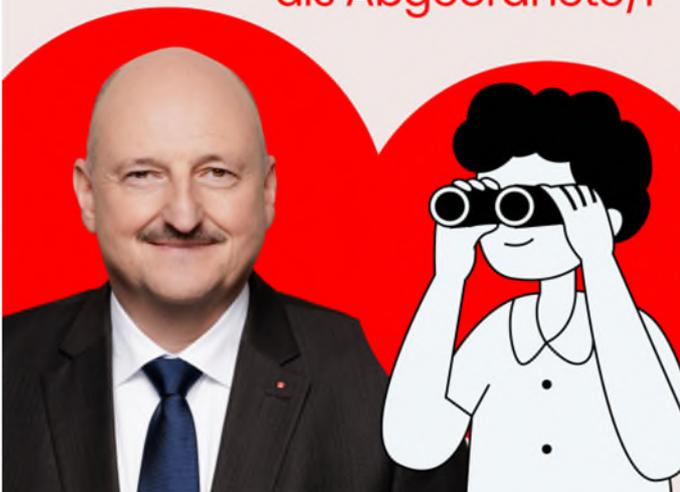
guten Schritt gemacht für einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn. Ich freue mich darüber, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften wieder gemeinsam und einstimmig entschieden haben. Sie haben bewiesen, dass sie gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten können.

Es sind zwar keine 15 Euro, aber in wirtschaftlich angespannten Zeiten ein wirklich annehmbares Ergebnis. Es zeigt die Einigkeit der Tarifpartner, die Arbeit der Menschen wertzuschätzen und fair zu entlohnen. Damit hat die Mindestlohnkommission gute Arbeit abgeliefert. Die Sozialpartnerschaft funktioniert. 1,08 Euro mehr ist ein ordentliches Ergebnis. In den ersten 6 Jahren nach seiner Einführung ist der gesetzliche Mindestlohn gerade einmal um einen Euro gestiegen. Ich setze mich weiter dafür ein, dass der Mindestlohn steigt. Denn niemand sollte für seine Arbeit unter Wert bezahlt werden.“

Wir suchen Dich für

## Jugend & Parlament

als Abgeordnete/r



### Voraussetzungen:

- Du bist zwischen 17-20 Jahre alt
- Du kannst am 11.-14.10.2025 nach Berlin kommen
- Du kommst aus Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg oder Würzburg (und Umgebung)
- Du bist politisch interessiert

Dann schreib mir unter  
[Bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:Bernd.ruetzel@bundestag.de) kurz  
warum du dabei sein möchtest!

Kosten für Anreise, Unterkunft  
und Verpflegung werden  
übernommen!

# TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

## TOP: DEMOKRATIEFÖRDERUNG AUS SICHT DER JUGEND

Letzte Woche stellte die Jugend-Enquete-Kommission 2024 ihr Policy Paper zur Demokratieförderung vor. Daran haben 20 junge Menschen aus ganz Deutschland lange gearbeitet und nun Forderungen an die Politik gestellt. Junge Menschen sind am längsten von den aktuellen politischen Entscheidungen betroffen, also müssen sie ihre Meinung auch aktiv einbringen können.

Finde ich super, so stärkt man Demokratie! Mit-tendrin: meine studentische Mitarbeiterin Elisa, die besonders das Thema Rente im Blick hatte. Mehr dazu ► **HIER** ◀

## FLOP: PREISGESTALTUNG DER BAHN

Mein Flop des Monats ist die Deutsche Bahn. Die Bahn schafft die vergünstigte Sitzplatzreservierung für Familien ab. Das ist nicht OK. Die Verantwortlichen der Deutschen Bahn sollten darüber nochmal nachdenken. Die Bahn ist nicht so attraktiv, dass man sich solche Preissprünge einfach mal leisten kann. Ich hoffe, dass es noch ein Umdenken gibt.



## 4 REDEN

### IM PLENUM DES BUNDESTAGES

Im Juni sprach ich gleich viermal für meine Fraktion im Plenum des Deutschen Bundestages. Alle meine Reden gibt es mit Klick auf das Foto.

#### 26. Juni: Aktionsplan Stärkung der Tarifbindung

Als Gewerkschafter ist mir das wichtig. Die Tarifbindung ist im freien Fall, dagegen müssen wir was tun.

#### 6. Juni: Mindestlohngesetz

Der Mindestlohn stärkt die Binnenkonjunktur., er ist kein Horror für die Wirtschaft, wie anfangs geunkt wurde. Und er muss weiter steigen.

#### 5. Juni: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Wer global wirtschaftet, der muss auch global Verantwortung übernehmen.

#### 4. Juni: Wöchentliche Höchst Arbeitszeit

Die Regierungskoalition will im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchst Arbeitszeit schaffen.



## ARBEIT & SOZIALES

### MEINE SCHWERPUNKTE

Wir stecken im Bundestag wieder tief in unserer alltäglichen Arbeit, die vor allem in den Ausschüssen stattfindet. Im Juni habe ich **vier Plenarreden**



Die Arbeitsgruppe Arbeit & Soziales der SPD-Bundestagsfraktion und unsere Vertreterinnen im BMAS: v.l. Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese, Dr. Tanja Machalet, Jan Dieren, Annika Klose (AG-Sprecherin), Dagmar Schmidt (stellvertretende Fraktionsvorsitzende für u.a. den Bereich Arbeit und Soziales), Jens Peick, Heike Heubach, Rasha Nasr, Daniela Rump. Nicht auf dem Foto: die neue Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas und unsere Parlamentarische Staatssekretärin Katja Mast.

gehalten. Und ich wurde zum **amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses** gewählt. Es ist mir eine große Ehre und ich freue mich, wieder die Sitzungsleitung übernehmen zu dürfen.

Auch die **Zuständigkeiten innerhalb der Fraktion für den Bereich Arbeit und Soziales** wurden verteilt. Diese sogenannten Berichterstattungen bedeuten, dass man für dieses Thema in der SPD-Fraktion den Hut auf hat. Das sind die Themen, bei denen ich bis in die Details Bescheid weiß, Akten studiere und Gesetzentwürfe verhandle. Meine Kolleginnen und Kollegen verlassen sich hier auf mich – so wie ich mich umgekehrt bei deren Themen auf sie verlasse.

Ich bleibe für den **Mindestlohn** zuständig, den ich seit Beginn meines Bundestagsmandats 2013 >>>

<<< federführend betreue, und kümmere mich in dem Zusammenhang auch um den Rahmen für die Mindestlohn-Richtlinie auf europäischer Ebene.

Neu ist, dass ich die **Rentenpolitik** für die SPD-Bundestagsfraktion verantworte. Ich bin sowohl für die **Grundsatzfragen der Alterssicherung** und die künftige Ausrichtung inklusive der **Sicherung des Rentenniveaus** zuständig wie auch für die vielen Teil- und Unterbereiche. Das reicht von der Grundrente und der Rente nach 45 Beitragsjahren über die Mütterrente und die Alterssicherung der Landwirte bis hin zur Aktiv- und der Flexirente und der privaten und betrieblichen Altersvorsorge.

Darüber hinaus bin ich Berichterstatter für diese Themen:

- ▶ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ▶ Soziale Selbstverwaltung
- ▶ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ▶ Sozialwahlen
- ▶ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ▶ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz

- ▶ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ▶ EU-Lieferkettengesetz
- ▶ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ▶ Sozialkassenverfahren
- ▶ Kirchliches Arbeitsrecht
- ▶ Körperlich belastetende Berufe
- ▶ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche

So viele Berichterstattungen sind eine Menge Arbeit. Aber es ist eine wichtige Arbeit. Mir geht es darum, dass die Beschäftigten ordentlich entlohnt werden und gut arbeiten können – und die Rentnerinnen und Rentner nach einem langen Arbeitsleben gut von ihrer Rente leben können.

Da diese Themen nicht alle in der Öffentlichkeit stattfinden, werde ich in den nächsten Ausgaben meines Newsletters jeden Monat eine meiner Berichterstattungen ein bisschen genauer vorstellen.

### Tagesaktuelle Infos zu meiner Arbeit:



## ZITAT DES MONATS

„Auch die Bundeswehr braucht, wie jedes Lebewesen und jede soziale Institution, Verständnis, Zuneigung und Anerkennung.“

**Hans Apel**

(\*25.02.1932 - † 06.09.2011)

Bundesverteidigungsminister 1978 - 1982



# HAUSHALT

## REKORD-INVESTITIONEN IN ZUKUNFT

49 Tage nach Amtsantritt hat Bundesfinanzminister Lars Klingbeil die finanziellen Weichen für die nächsten Jahre gestellt: Bundeshaushalt 2025, Eckwerte bis 2029 und Umsetzung des 500-Milliarden-Euro-Investitionspakets.

Geplant sind für 2025 Rekordinvestitionen in Höhe von über 115 Milliarden Euro. Bis 2029 werden wir die jährlichen Investitionen des Bundes auf fast 120 Milliarden Euro pro Jahr steigern. Wir ermöglichen damit einen Modernisierungsschub für unser Land: für gute Schulen, Kitas und Krankenhäuser, für moderne Bahnstrecken, Brücken und Straßen, für den Klimaschutz und die Digitalisierung. Auch in die innere und äußere Sicherheit werden wir massiv investieren. Denn die Bedrohung des Friedens in Europa durch die russische Aggression ist real.

Auch gehen wir Strukturreformen an, damit Investitionen zügig wirken und die Wirtschaft wieder wächst (siehe Seiten 10 und 12).

Gleichzeitig hat die weitere Konsolidierung des Haushalts hohe Priorität.

Klingbeil legte dafür einen gut durchgerechneten Haushalt 2025 vor: „Nichts ist teurer als weiterer Stillstand. Deshalb müssen wir jetzt Geld in die Hand nehmen und auch höhere Schulden machen. Wenn wir die Wirtschaft ankurbeln und Wachstum schaffen, dann steigen auch die Einnahmen des Staates wieder.“

Mit dem vorgelegten Haushalt und dem Investitionspaket setzen wir diese Prioritäten:

- **Investitionen** für Wachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Modernisierung Deutschlands und die innere und äußere Sicherheit
- **Strukturreformen** für mehr Wettbewerbsfähigkeit und für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen und
- die weitere **Konsolidierung** des Haushalts.

### Wo wir investieren:

#### Bahn

Für Investitionen in die Bahn-Infrastruktur werden noch in diesem Jahr rund 22 Milliarden Euro bereitgestellt, wovon knapp über 9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität stammen. >>>

## ZAHLEN DATEN FAKTEN

Ein paar Zahlen zum Verkehrshaushalt, Schwerpunkt Bahn:

- ▶ 166 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen in dieser Legislaturperiode
- ▶ von 2020 bis 2024 waren es nur 102 Mrd. Euro, also eine Steigerung von 60 Prozent!

▶ Davon fließen 107 Mrd. Euro in die Schiene, 52 Mrd. Euro in die Bundesstraßen und 8 Mrd. Euro in die Wasserstraßen.

▶ Jetzt gilt: Planen, Bauen, Ausgeben – und das möglichst schnell.

▶ Zu lange ist zu wenig passiert – so sind die Probleme und Herausforderungen gewachsen. Zunächst stehen bei Schiene und Autobahnbrücken Sanierung und Erhalt im Vordergrund.

<<< Hier liegen die Schwerpunkte in der Modernisierung des Bestandsnetzes und der Digitalisierung der Schiene. Bis 2029 werden deutlich über 100 Milliarden Euro für die Bahn-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 2 Milliarden Euro jährlich an Finanzhilfen für die Länder und die Deutsche Bahn für den ÖPNV vor Ort.

### Bildung und Betreuung

Um die Qualität der Kinderbetreuung und Bildung dauerhaft zu erhöhen und um Planungssicherheit zu gewährleisten, werden aus dem Sondervermögen insgesamt 6,5 Milliarden für die Kindertagesbetreuung und digitale Bildung bereitgestellt.

### Bauen und Wohnen

Für den Sozialen Wohnungsbau und die Städtebauförderung werden über 4 Milliarden Euro jährlich ab 2025 direkt im Kernhaushalt bereitgestellt. Bis 2029 sind hierfür insgesamt mehr als 20 Milliarden Euro vorgesehen. Zusätzlich sind aus dem Sondervermögen 11,25 Milliarden Euro hierfür vorgesehen.

### Digitalisierung

Investitionen von jährlich mindestens 4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen, die dann in den Folgejahren deutlich anwachsen, u.a. für den Breitbandausbau und die Digitalisierung der Verwaltung.

### Klima- und Transformationsfonds (KTF)

Der KTF ist extrem wichtig für den Weg zur Klimaneutralität bis 2045. Er wird daher mit zusätzlichen Mitteln aus dem Sondervermögen ausgestat-

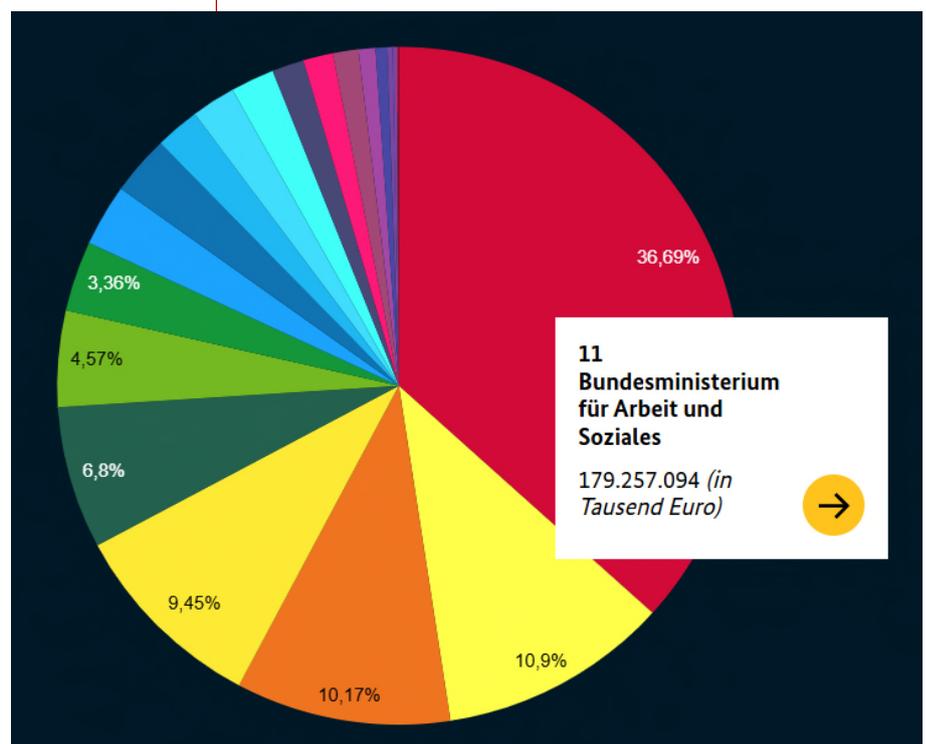
tet: Insgesamt 100 Milliarden Euro geben wir aus für den effizienten und klimagerechten Umbau, Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, klimafreundliche Mobilität und Transformation der Industrie.

### Innere und äußere Sicherheit

Die Unterstützung der Ukraine bleibt auch 2025 mit 8,3 Milliarden Euro auf hohem Niveau. Der Verteidigungsetat im Bundeshaushalt steigt in diesem Jahr auf rund 62,4 Milliarden. Zusammen mit den Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr und den übrigen Verteidigungsausgaben ergibt sich bereits 2025 eine NATO-Quote von rund 2,4 Prozent. Bis 2029 werden die Verteidigungsausgaben erhöht, um eine NATO-Quote von 3,5 Prozent zu erreichen.

Für die innere Sicherheit stehen im zweiten Regierungsentwurf zudem rund 1,4 Milliarden Euro für den Zivil- und Bevölkerungsschutz zur Verfügung.

Mein Tipp: die interaktive Darstellung des Haushaltsentwurfs 2025 - reinklicken und informieren:



## 5 FAKTEN ZUM „WACHSTUMS BOOSTER“

### 1

Um Unternehmen zu entlasten, die in die Zukunft und somit in Arbeitsplätze investieren, hat Bundesfinanzminister Lars Klingbeil wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht.

### 2

Kern seines Pakets ist der sogenannte „Wachstumsbooster“.

### 3

Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter werden deutlich ausgeweitet.

Damit werden schon ab Juli 2025 wichtige Investitionen in die Modernisierung der Unternehmen beschleunigt. Diese Maßnahme ist auf drei Jahre befristet und geht ab 2028 in eine Senkung der Körperschaftssteuer über.

### 4

Investitionen in Forschung und Entwicklung werden steuerlich stärker gefördert. So werden Zukunftstechnologien genauso gestärkt wie der Klimaschutz.

### 5

Aus diesem Grund wird auch der Kauf von E-Autos durch Unternehmen künftig stärker gefördert.



Pixabay | Alexas\_Fotos

## FINANZAUSGLEICH

### GELD FÜR LÄNDER UND KOMMUNEN

Der Wachstumsbooster (siehe Kasten links) kostet Bund, Länder und Kommunen Geld. Es fallen durch die geplanten Steuerentlastungen für die Wirtschaft Steuereinnahmen weg, die insbesondere die Städte und Gemeinden nicht gegenfinanzieren können.

Durch neues Wachstum werden die Einnahmen des Staates mittelfristig steigen, doch bis dahin ist es wichtig, Länder und Kommunen zu entlasten. Der Bund übernimmt daher die Mindereinnahmen der Kommunen bis 2029 vollständig! Und auch die Länder erhalten Unterstützung: Der Bund investiert bis 2029 zusätzliche acht Milliarden Euro in gute Kitas, in Bildung und Krankenhäuser.

Das ist ein deutliches Zeichen insbesondere an die Städte und Gemeinden: Berlin beschließt nicht einfach irgendwas, das zu Lasten der Gemeinden geht. Der Bundestag sorgt auch dafür, dass das dadurch entstandene Minus im Gemeindehaushalt ausgeglichen wird. Ich finde das stark. Und absolut richtig.

Darüber hinaus stellt der Bund den Ländern und Kommunen einen festen Anteil von 100 Milliarden Euro vom 500-Milliarden-Investitionspaket zur Verfügung. Mehr dazu gibt es ► **HIER** ◄

# BÜROKRATIE

## WAS IST DAS EIGENTLICH?

Weg mit der Bürokratie! Wir ersticken in Bürokratie! Wenn die Bürokratie weg ist, wird alles leichter und die Wirtschaft boomt! Hört Ihr das auch ständig? Bürokratie – was ist das eigentlich?

Da ist zum einen das, was viele Unternehmen beklagen: Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten. Aufwändig, überflüssig, personalintensiv! Es werden Zahlen verbreitet, die das belegen sollen und mit denen vor Abwanderung und ausbleibenden Investitionen gewarnt wird. Zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge werden genannt, sechs Prozent vom Umsatz und außerdem Kosten für entgangene Wirtschaftsleistungen. Überprüfen lassen sich diese Zahlen nicht.

Viele dieser Kosten sind der Preis dafür, dass in Deutschland unter zuverlässigen und gut organisierten Umständen produziert und gehandelt wird. Lebensmittel- und Produktsicherheit, Arbeitsschutz, Hygieneregeln, Finanzaufsicht sind Schutzvorschriften für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt, die auch dem fairen Wettbewerb dienen. Den vermeintlichen Bürokratiekosten müssten die Aufwendungen für Infrastrukturausgaben, die der Wirtschaft nutzen, gegengerechnet werden. Beziffern lässt sich das kaum, der Wert lässt sich aber

beim Blick auf Länder, in denen sie fehlen (Bsp. Katasterämter) erahnen. Das „Regime des Rechts“ mit seiner Planungssicherheit hat Deutschlands Aufstieg zur drittstärksten Wirtschaftsmacht der Welt mit ermöglicht.

Und dann ist Bürokratie noch das, was wir als Bürgerinnen und Bürger erleben: komplizierte und langwierige Antragsverfahren, Auflagen und Terminschwierigkeiten, wenn man mal was Amtliches braucht. Die Verwaltung ist die entscheidende Schnittstelle zwischen den Menschen und dem Staat. Zuständigkeiten müssen gebündelt und Anträge vereinfacht werden. Damit man nicht von Pontius zu Pilates läuft, wenn es um eine Baugenehmigung geht, oder auch mit Hochschulabschluss einen Elterngeldantrag kaum verstehen kann. Damit die Menschen Vertrauen in Staat und Demokratie haben.



Bei aller berechtigten Kritik: Bürokratie schafft klare Regeln und Verfahren. Sie macht Prozesse transparent und nachvollziehbar. Sie schafft Rechtssicherheit und sorgt dafür, dass alle nach denselben Standards handeln und behandelt werden. Was bei den Klagen über Bürokratie oft mitschwingt, ist Verachtung für alles, was mit Politik und Regierung zu tun hat. Das ist gefährlich und dient am Ende den Gegnern unseres Staates. Es schadet dem, was unsere freie, demokratische Gesellschaft ausmacht.

## 5 FAKTEN ZUM „BAU-TURBO“

### 1

Bebauungsplanverfahren der Kommunen dauern oft mehrere Jahre. Sie legen fest, wie Grundstücke genutzt und bebaut werden dürfen.

### 2

Jetzt sollen Bauten automatisch erlaubt werden, wenn die Gemeinde nicht innerhalb von zwei Monaten dagegen votiert. Finanzielle Entlastung für Verwaltung, Unternehmen und Bürger: rund 2,5 Mrd Euro pro Jahr.

### 3

Verlängerung des Schutzes von Mietwohnungen bis Ende 2030: In besonders angespannten Wohngebieten soll so verhindert werden, dass massenweise Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

### 4

Die Bauindustrie ist die Lokomotive unserer Wirtschaft. Rund zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind Bauinvestitionen. Der Bau-Turbo ist also auch ein Wachstums-Turbo.

### 5

Das Volumen der Städtebauförderung wird verdoppelt. Damit haben die Kommunen eine Förderung an der Hand, mit der sie vor allem den sozialen Wohnungsbau steigern und attraktive Wohnquartiere schaffen können. Das gilt für Großstädte genauso wie für kleine Gemeinden.



## VETERANEN-TAG

### DANK DEN SOLDATINNEN & SOLDATEN

Am 15. Juni fand der erste Veteranentag in Deutschland statt. Er wurde 2024 im Bundestag auf Initiative der SPD-Fraktion mit breiter Mehrheit beschlossen.

Damit sagen wir DANKE allen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für ihren Dienst an Deutschland – gleich ob sie aktuell dienen, gedient haben oder in der Reserve bereitstehen.

Für mich ist dieser Dank eine Selbstverständlichkeit, denn ihrem Einsatz für die Sicherheit, die Freiheit und die Werte unseres Landes gebührt Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. In diesem Zeichen soll der sich jährlich wiederholende Festtag stehen.

Doch auch ganz unabhängig vom Nationalen Veteranentag schätze ich die Leistungen unserer Truppe sehr und freue mich stets bei Besuchen und Gesprächen Einblicke in die aktuelle Lage bei der Truppe zu bekommen. Als besondere Ehre empfinde ich es immer wieder, wenn ich zu Gelöbnissen eingeladen werde oder sogar die Gelöbnis-Rede halten darf. In diesem Sinne: Alles Gute für unsere Soldatinnen und Soldaten!



SPD-Bundestagsfraktion

## MUTTERSCHUTZ GESTÄRKT

Der gestaffelte Mutterschutz nach Fehlgeburten ist am 1. Juni in Kraft getreten! Bisher hatten Frauen in Deutschland, die bis zur 24. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erlitten, keinen Anspruch darauf. Diesen Missstand haben wir als SPD-Fraktion mit unserer Bundestagsinitiative beendet.

Nun haben Frauen, die ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, endlich Anspruch auf Mutterschutz und Zeit zur Erholung.

- ▶ ab der 13. Woche bis zu zwei Wochen,
- ▶ ab der 17. Woche bis zu sechs Wochen und
- ▶ ab der 20. Woche bis zu acht Wochen.

In dieser Zeit dürfen Arbeitgeber die betroffenen Frauen nicht beschäftigen. Es sei denn, sie wünschen es ausdrücklich. Damit bekommen betroffene Frauen nun endlich den Schutz, den sie brauchen.

## KALENDERBLATT



### WILLY BRANDT UND DIE STAATSBÜRGERSCHAFT

Willy Brandt wurde bekanntermaßen 1913 als Herbert Frahm in Lübeck geboren. Aber dass ihm von den Nazis die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wurde, das ist weniger bekannt. Aber darum soll es hier gehen:

1933 floh Willy Brandt nach Norwegen, um der Verfolgung durch die Nazis zu entgehen. Im Ausland setzte er seinen politischen Kampf fort – als Journalist, politischer Aktivist und Unterstützer der norwegischen Arbeiterbewegung sowie des republikanischen Spaniens. Aufgrund dieses Engagements erklärte ihn das NS-Regime 1938 zum „staatsfeindlichen Emigranten“ und entzog ihm die Staatsbürgerschaft. Er wurde zunächst staatenlos, erhielt jedoch 1939 die norwegische Staatsbürgerschaft. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte er 1947 nach Deutschland zurück – zunächst als norwegischer Presseattaché. Am **1. Juli 1948** wurde ihm in Schleswig-Holstein die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zuerkannt. Diese Wiedereinbürgerung war nicht nur ein formaler Akt, sondern ein symbolischer Schritt: Ein verfolgter Antifaschist durfte wieder aktiv am Aufbau eines demokratischen Deutschlands mitwirken. Der Entzug und die Wiedererlangung seiner Staatsbürgerschaft stehen sinnbildlich für das Ringen Deutschlands mit seiner Vergangenheit – und für die Kraft der politischen Erneuerung. Mehr dazu ▶ **HIER** ◀

## VOR ORT

Als Abgeordneter für den

### BUNDESWAHLKREIS

### MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

### ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub. Ein Gebiet, das **3.853 km<sup>2</sup>**, **104 SPD-Ortsvereine** und **789.000 Bürgerinnen und Bürger** umfasst! Eine Fläche übrigens, die größer ist als das Saarland, Berlin und Bremen zusammen.

Ich trete gerne mit ehemaligen und aktiven Soldatinnen und Soldaten in den Austausch. Diese Gespräche sind sehr wichtig für meine Arbeit in Berlin. Deshalb danke ich dem Reservistenverband Rhön-Saale für die Einladung nach Hammelburg. Die unterschiedlichen Perspektiven vom Mannschaftsdienstgrad bis zum Offizier sind bereichernd. Ihr seid ein essenzieller Bestandteil unseres Landes. Es ist äußerst wichtig, dass gerade in diesen Zeiten nicht zu vergessen.

### SCHULBESUCHE IM JUNI

Das mache ich total gerne. Und ich hoffe, man sieht mir das auch an: Schulbesuche! Drei weitere Termine mit insgesamt fast 200 Schülerinnen und Schülern fanden im Juni statt. Deren Blick auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erfahren ist mir sehr wichtig. Vielen Dank für die interessierten Debatten am Balthasar-Neumann-Gymnasium Marktheidenfeld, dem Friedrich-List-Gymnasium Gemünden und Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach a. Main.



## PARTEIARBEIT

Ich bin Vorsitzender des **SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg**, der die Landkreise Main-Spessart und Miltenberg umfasst.

Und als Vorsitzender der **SPD im Bezirk Unterfranken** bin ich parteipolitisch von der Rhön bis zum Untermain unterwegs.



Bernd Rützel

### UB-HELPERFEST

Sommer, Sonne, gute Laune und leckeres Essen beim Helferfest des SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg an der SPD-Schutzhütte auf der Weikertswiese in Rechtenbach. Dazu gab's einige Infos zu diesem besonderen Ort vom Rechtenbacher SPD-Chef Wolfgang Rek. Beispielsweise findet hier immer im Januar das Lakefleischessen statt. Auch Zeltlager gab es hier schon etliche, wie von den FALKEN (siehe Bild) und von den Jusos. Toll, dass trotz der Hitze so viele Gäste gekommen sind und nochmal herzlichen Dank für das Anpacken vor Ort an die Rechtenbacher Genossinnen und Genossen sowie an die Metzgerei Franz und Schecke Bäck aus Frammersbach für das hervorragende Essen.



### JUGEND & POLITIK

...unter dieses Motto könnte man den „Dalberg-Diskurs“ Ende Mai am Karl-Theodor-von-Dalberg-Gymnasium in Aschaffenburg fassen. Gemeinsam haben wir über jede Menge Themen debattiert, die den jungen Menschen auf der Seele brennen: Da ging es beispielsweise um einen bezahlbaren gut ausgebauten ÖPNV, das Wahlalter bei den Bundestagswahlen, um das Thema einer allgemeinen Wehrpflicht, aber auch um die Bedrohung für unsere Demokratie durch den Rechtspopulismus in unserem Land und weltweit. Eine klasse Veranstaltung mit tollen Wortbeiträgen, hervorragend organisiert von der hiesigen Schülermitverantwortung (SMV). Gerne wieder!

Im Bild (v.l.) meine Mitdiskutierenden und ich: Prof. Dr. Winfried Bausback MdL (CSU), Schülersprecher Timo Hartmann, Stadtrat Karsten Klein (FDP), Schülersprecherin Theresa Schneider, Bernd Rützel MdB (SPD), Niklas Wagener MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Schülersprecherin Stella Musa, Selina Pfister Kreisvorsitzende Aschaffenburg (Die Linke).

► **HIER** ◀ gibt es mehr zum "Dalberg-Dialog"

## GASTBEITRAG



Büro Martina Fehlner

### VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Urlaub in Bayern ist so beliebt wie nie zuvor. Mehr als 40 Millionen Menschen verbrachten im vergangenen Jahr ihre Ferien im Freistaat und sorgten mit 102,7 Millionen Übernachtungen für ein neues Rekordergebnis. Diese positive Entwicklung setzt sich auch dieses Jahr fort. Das ist äußerst erfreulich.

Und doch ist die Erfolgsgeschichte des bayerischen Tourismus kein Selbstläufer. Reisetrends ändern sich, neue Herausforderungen entstehen. Und ist auch die Tourismusbranche im beständigen Wandel. Diesen Wandel hin zu einem zukunftsfähigen und weiterhin bezahlbaren Tourismus aktiv zu begleiten und zu steuern, ist auch Aufgabe der Politik.

Dank des Sondervermögens des Bundes werden auch in Bayern dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur ermöglicht: Straßen, Schienen und nachhaltige Mobilität vor Ort, in Schwimmbäder und den Ausbau der Barrierefreiheit. Der Tourismus muss hier von Beginn an mitgedacht, Investitionen müssen gut und langfristig geplant werden.

Overtourism, Wirtshaussterben, die drohende Schließung von Jugendherbergen – Herausforderungen gibt es auch im bayerischen Tourismus viele. Eine der

größten ist jedoch der Klimawandel. Winterlicher Schnee ist bereits jetzt Mangelware, Skitourismus in absehbarer Zeit vielerorts nicht mehr möglich. Hitzeperioden im Sommer dagegen vertreiben Touristen aus den Innenstädten, an Seen breiten sich Algenplagen aus und Niedrigwasser an Flüssen lässt die touristische Schifffahrt auf Grund laufen.

Dass sich Bayern noch viel besser auf die Folgen des Klimawandels einstellen muss, ist auch das Fazit einer Sachverständigenanhörung im Bayerischen Landtag. Die Politik sollte die Empfehlungen der Experten beherzigen.

Wenn die Staatsregierung nun aber den Schutzstatus der Alpen mit dem geplanten dritten Modernisierungsgesetz aufweichen will, handelt sie dem Expertenrat diametral entgegen. Denn das Gesetz würde den weiteren Ausbau von Skigebieten um Beschneigungsanlagen, Pisten und Seilbahnen ohne Umweltprüfungen erleichtern. Eine zukunftsweisende Tourismusentwicklung sieht anders aus. Deshalb haben wir als Partner des überparteilichen Bündnisses „Rettet die Alpen“ nun auch eine Petition gegen dieses rückwärtsgewandte Gesetzesvorhaben initiiert.

Für den Schutz unserer einzigartigen Natur und einen nachhaltigen, zukunftsweisenden und bezahlbaren Tourismus in Bayern setze ich mich auch als tourismuspolitische Sprecherin meiner Fraktion im Bayerischen Landtag weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

**Mehr zur Petition "Rettet die Alpen" ► [HIER](#) ◀**

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buengerbuero@martina-fehlner.de